

Öffentliche Bekanntmachung

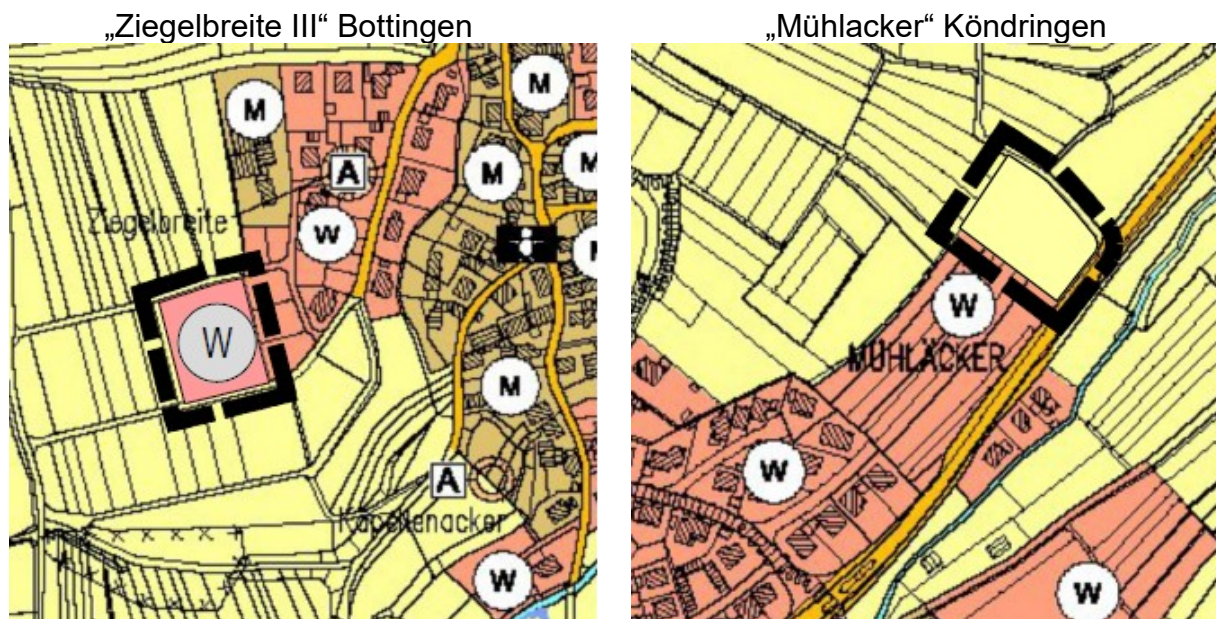
Wirksamkeit der punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft „Emmendingen - Freiamt - Malterdingen - Sexau - Teningen“ für den Teilbereich „Ziegelbreite III“ im Ortsteil Bottingen sowie für den Teilbereich „Mühlacker“ im Ortsteil Köndringen der Gemeinde Teningen

Das Regierungspräsidium Freiburg hat die vom Gemeinsamen Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft „Emmendingen - Freiamt - Malterdingen - Sexau - Teningen“ am 13.10.2025 in öffentlicher Sitzung beschlossene punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans mit Entscheidung vom 16.12.2025, Aktenzeichen RPF21-2511-26/24/1, aufgrund von § 6 Abs. 1 BauGB genehmigt. Die Genehmigung wird hiermit gem. § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Die Gemeinde Teningen beabsichtigt für den Ortsteil Bottingen eine Siedlungserweiterung zur Versorgung der ansässigen Bevölkerung mit Wohnraum. Zur Realisierung der dortigen Bebauung muss der Flächennutzungsplan geändert werden. Neu aufgenommen werden soll im Bereich „Ziegelbreite III“ eine Wohnbaufläche mit einer Fläche von etwa 0,4 ha.

Die Gemeinde Teningen verfügt jedoch im Flächennutzungsplan über ausreichende Wohnbauflächenreserven, die noch nicht entwickelt sind. Aus diesem Grund ist zur Realisierung dieser Wohnbaufläche im Bereich „Ziegelbreite III“ ein Flächentausch erforderlich. Eine flächengleiche Wohnbaufläche mit 0,4 ha wird im Bereich „Mühlacker“ im Ortsteil Köndringen zu Gunsten dieser Wohnbaufläche im Bereich „Ziegelbreite III“ herausgenommen und wieder als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Aus diesem Grund umfasst die Änderung des Flächennutzungsplanes die beiden Teilbereiche „Ziegelbreite III“ in Bottingen und „Mühlacker“ in Köndringen.

Die räumlichen Geltungsbereiche ergeben sich aus den folgenden Kartenausschnitten:



Die Bekanntmachung erfolgt am 28.01.2026 im Amtsblatt der Gemeinde Teningen, am 28.01.2026 im Amtsblatt der Stadt Emmendingen, am 29.01.2026 im Amtsblatt der Gemeinde Freiamt, am 29.01.2026 im Amtsblatt der Gemeinde Malterdingen und am 30.01.2026 im Amtsblatt der Gemeinde Sexau. Der Tag der letzten Bekanntmachung und

somit Tag der Wirksamkeit der punktuellen Flächennutzungsplanänderung ist der 30.01.2026.

Die Flächennutzungsplanänderung kann einschließlich der Begründung mit Umweltbericht und der Zusammenfassenden Erklärung in den Rathäusern:

Gemeinde Freiamt (Sägplatz 1, 79348 Freiamt)
Gemeinde Malterdingen (Hauptstraße 18, 79364 Malterdingen)
Gemeinde Sexau (Dorfstraße 61, 79350 Sexau)
Gemeinde Teningen (Riegeler Straße 12, 79331 Teningen)
Stadt Emmendingen (Landvogtei 10, 79312 Emmendingen)

während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Flächennutzungsplanänderung einsehen und über ihren Inhalt Auskunft verlangen (vgl. § 6 Abs. 5 BauGB).

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gem. § 4 Abs. 4 GemO BW Flächennutzungspläne, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO BW oder auf Grund der GemO BW zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Flächennutzungsplans verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO BW wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist des § 4 Abs. 4 S. 1 GemO BW jedermann diese Verletzung geltend machen.

Emmendingen, den 27.01.2026

Vorsitzender der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft